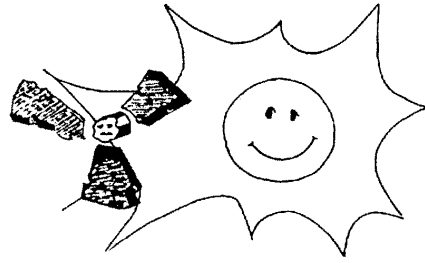


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

3/2020 Oktober

Ausbau des AKW Dukovany – „Kein anderer Weg“?

Am geplanten Ausbau des AKW Dukovany sieht man deutlich, auf welcher Basis Atomkraftwerke gebaut werden.

Stand der Dinge: Am Standort Dukovany, 35 km von der Grenze zu Österreich entfernt, soll ein fünfter Atomreaktor gebaut werden; es wird mit 162 Milliarden Kronen (entspricht ca. sechs Milliarden Euro) Kosten gerechnet. Davon wird der tschechische Energiekonzern ČEZ als AKW-Betreiber 30% übernehmen, 70% kommen vom tschechischen Staat, also von den tschechischen SteuerzahlerInnen. Die Finanzierungspläne sehen vor, dass der Staat ein zinsenloses Darlehen gewährt und Strom aus dem neuen Atomreaktor zu einem vorher festgelegten Preis kaufen wird; allfällige Verluste an den Strombörsen übernimmt der Staat, also die tschechischen SteuerzahlerInnen. Kostenüberschreitungen beim Bau werden auch vom Staat übernommen, also von den tschechischen SteuerzahlerInnen. Für dieses Projekt soll eine eigene Gesellschaft gegründet werden, die im Falle eines finanziellen Desasters ČEZ vor dem Ruin bewahrt, also die Schulden dem Staat aufhast, also wieder den tschechischen SteuerzahlerInnen. Die Genehmigung dieser Pläne durch die Europäische Kommission steht allerdings noch aus.

Geplanter Baubeginn: 2029.

Geplante Inbetriebnahme: 2036.

Der tschechische Industrieminister Havlíček meint dazu (anlässlich der Unterzeichnung der Verträge): „Die tschechische Republik hat keinen anderen Weg als die Atomkraft, wenn man Quellen ohne Emissionen nutzen will.“ Und: „Wir wollen, dass die tschechische Republik im Energiebereich autark und sicher ist.“

2014 wurden schon weit gediehene Pläne für den Ausbau des AKW Temelín ver-



Foto / Collage: Margit Quendler und Johanna Malfèr

worfen, weil der Staat keine Garantien dafür abgab.

Die Betriebsgenehmigungen für die vier bestehenden Atomreaktoren in Dukovany (sie wurden zwischen 1985 und 1987 in Betrieb genommen und hatten eine geplante Laufzeit von 30 Jahren) wurden 2016 und 2017 auf unbestimmte Zeit (!!!) verlängert.

Bis vor kurzem war eine Laufzeit bis 2035 geplant; nun will man die Laufzeit noch einmal, bis 2045, verlängern (!!).

Im März des letzten Jahres fand im Europaparlament eine Konferenz über die Überalterung der Atomreaktoren in der EU statt, veranstaltet von der „Allianz der Regionen für den europaweiten Atomausstieg“. **Rudi Anschober, damals oberösterreichischer Umweltlandesrat und**

Gründer der Allianz, nannte in seiner Rede das AKW Dukovany als Beispiel für solch ein altes AKW, prangerte vor allem die in der neuen Betriebsgenehmigung zeitlich unbeschränkte Genehmigung an und forderte bei geplanten Laufzeitverlängerungen eine verpflichtende UVP wie bei neuen Atomreaktoren, außerdem ein Verbot von Laufzeiten über 40 Jahre.

Die „Allianz der Regionen für den europaweiten Atomausstieg“ präsentierte außerdem eine von ihr in Auftrag gegebene Studie über sicherheitstechnische Aspekte alter AKWs, die unter anderem zu dem Ergebnis kommt, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer Havarie des AKW jenseits der geplanten Laufzeit mit jedem Jahr um bis zu 15% erhöht.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Nikolaus Müllner vom Institut für Risikowissenschaften der Universität Wien warnte außerdem vor der Alterung von AKW-Komponenten, die nicht modernisiert oder ausgetauscht werden können. Das sind vor allem die zentralen Teile eines AKWs: „Ein modernisierter 50jähriger Block kann nicht so sicher sein wie ein neu errichteter.“

Der tschechische Fluss Iglau, aus dem das Kühlwasser für die vier im Moment in Betrieb befindlichen Blöcke des AKW Dukovany kommt, wird durch das heißer und trockener werdende Klima möglicherweise in Zukunft nicht genug Wasser führen, um damit einen fünften Block verlässlich mit Kühlwasser versorgen zu können.

Atomkraft gegen Klimakrise?!

Die Erderwärmung stellt eine riesige Bedrohung dar. Bürgerinitiativen wie Fridays for Future machen Druck auf die Politik, das Ziel einer CO₂-neutralen Wirtschaft zu erreichen. Weil die Energiegewinnung durch fossile Rohstoffe eine der Hauptursachen für die globale Erwärmung ist, müssen Kohle- und Gaskraftwerke durch andere Energiequellen ersetzt werden.

Die Atomlobby sieht die Lösung naturgemäß in der Kernkraft, was allerdings gegen ökonomische wie auch ökologische Prinzipien verstößt. Aber Geschäft ist Geschäft ... Eine Liste an Argumenten, warum die Kernkraft das Energieproblem nicht lösen kann, ist in der letzten Ausgabe unserer Zeitung (1+2/2020 Juli) und in dieser zu lesen.

Umso erstaunlicher aber ist es, dass nicht nur die Atomlobby für ihre Atomkraftwerke wirbt, sondern dass sich Bürger in Deutschland, dem Atomausstiegsländ Nummer 1, zu einer Initiative für den Erhalt der Atomkraftwerke zusammengeschlossen haben.

Wir haben recherchiert und sind auf einen Verein in Deutschland namens Nuklearia gestoßen. Dieser Verein besteht seit 2013, ist aus einer Arbeitsgruppe der Piratenpartei hervorgegangen, bezeichnet sich aber als parteiunabhängig. Er wirbt auf Demos mit der Parole „CO₂-freie Kernkraftwerke erhalten!“. **Der Verein Nuklearia hat das**

Ziel, den deutschen Ausstiegsbeschluss von 2011 rückgängig zu machen, damit Bau und Betrieb neuer Kernkraftwerke in Deutschland wieder möglich werden. Dem deutschen Atomgesetz entsprechend werden von den sechs jetzt noch betriebenen AKW drei Ende 2021 und drei Ende 2022 stillgelegt werden.

Die rund 200 Mitglieder dieses Vereins glauben nicht an die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken, sie nennen sie einen Mythos und wollen die vermeintliche „Atomhysterie“ beenden. Der Gründer des Vereins, Rainer Klute, ist Informatiker und hat Physik als Nebenfach studiert. Er ist überzeugt, dass neue Reaktoren der Generation IV sicher sind und dass sie den radioaktiven Abfall vernichten können, sodass auch das Endlagerproblem gelöst sein wird. Allerdings befinden sich diese vielversprechenden Modelle, wie z.B. der Fusionsreaktor ITER und der Laufwellenreaktor von Bill Gates, noch im Entwicklungsstadium. Man muss bezweifeln, dass sie jemals in eine brauchbare Technologie münden werden.

Durch diese teilweise jahrzehntelangen Forschungen gehen wertvolle finanzielle Ressourcen verloren. Sie würden für den Ausbau der tatsächlich CO₂-neutralen Erneuerbaren Energieträger dringend gebraucht!

Trauriger Gedenktag: Vor 75 Jahren fiel die erste Atombombe auf Hiroshima



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

Am 6. August 2020 versammelten sich viele AktivistInnen am Stephansplatz. Sie gedachten des 75. Jahrestags des Abwurfs einer Atombombe über der japanischen Stadt Hiroshima mit Liedern und Ansprachen und dem Gebet eines buddhistischen Mönchs. Es sprachen u.a. VertreterInnen verschiedener christlicher Glaubensrichtungen und Dr. Klaus Renoldner, Vorsitzender von IPPNW Österreich.

Auch die Wiener Plattform Atomkraftfrei nutzte die Kundgebung, um auf den Umstand hinzuweisen, dass in jedem AKW spaltbares Material zum Bau weiterer Atomwaffen entsteht.

Besuchen Sie uns auf unseren Websites:

www.atomkraftfreie Zukunft.at und www.donauregion-atomkraftfrei.at

„Wohin mit dem Atommüll?“, fragt sich Deutschland

Deutschland hinterlässt, wenn 2022 die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet werden, 600.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiven Abfall und 1900 Castorbehälter mit hochradioaktivem Müll, der für eine Million Jahre von der Umwelt isoliert werden muss. Noch lagert der Müll in 16 Zwischenlagern und in Abklingbecken von Atomkraftwerken.

Weltweit hat erst Finnland mit dem Bau eines Endlagers

begonnen. In Deutschland soll bis 2031 die Entscheidung über den geeigneten Standort fallen, 2050 hofft man ein solches Endlager eröffnen zu können. Bis Ende September wird entschieden, wo mit der Suche begonnen werden soll. Salz-, Ton- und Granitstandorte kommen in Frage, alle haben ihre Vor- und Nachteile. Proteste sind vorprogrammiert. Das ist ein Thema, das uns noch lange beschäftigen wird.

„Die Zeit“, 27. August 2020

Gesprächstermin bei Umweltlandesrat Stefan Kaineder (GRÜNE) am 21. 7. 2020 in Linz: Ein würdiger Nachfolger in Oberösterreich für Rudi Anschober

Erwartungsgemäß gestaltete sich unser Antrittsbesuch beim neuen oö. Umweltlandesrat sehr angenehm, wir rennen mit unseren Anliegen offene Türen ein:

Die „Allianz der Regionen“ wird weitergeführt. Eine Studie, laut der bei Laufzeitverlängerungen grenzüberschreitende UVPs verpflichtend sind, wurde bei der EU eingereicht, die Antwort ist noch ausständig.

Unsere Forderungen stehen in den LURK-Beschlüssen, aber sie werden von unserer Regierung nicht umgesetzt. LandesrätInnen haben keine Entscheidungsbefugnisse. ULR Kaineder habe aber eine gute Gesprächsbasis mit der tschechischen Botschafterin. Er hat einen guten Draht zu Ministerin Gewessler, die als Gast bei der nächsten LURK im Herbst dabei sein wird. Ein Ziel: Die Rechtslage auf europäischer Ebene soll sich ändern.

Öffentlichkeitsarbeit ist sehr wichtig, vor allem angesichts der Untersuchung, die belegt, dass besonders junge Menschen wenig über Atomkraft wissen und besonders bei jungen Männern die Zu-



Foto: Büro ULR Stefan Kaineder

stimmung zur Atomkraft steigt. Es gibt Workshops an Schulen, 50% der Förderungsgelder gehen an NGOs in Tschechien, weil es wichtig ist, dass die tschechische Regierung den Druck der eigenen Bevölkerung spürt.

Zufrieden und enttäuscht zugleich

Am 21.8.2020 übergab die WPA an Außenminister Alexander Schallenberg 5000 Unterschriften besorgter BürgerInnen mit folgenden Forderungen: „Kein neuer Atomreaktor in

Bohunice“, „Nein zu AKW-Neubauten und Laufzeitverlängerungen in Dukovany Tschechien und Krsko Slowenien!“, „Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen“ und „Stopp AKW Mochovce 3 & 4“.

Wir trugen unsere Anliegen vor: von den geplanten Neubauten über Laufzeitverlängerungen bis zu den geplanten grenznahen Endlagern. Der Minister versicherte uns, dass Atomkraft in Österreich ein „NO-GO“ sei und dass die Regierung alles tue, was in ihrer Macht steht, dass man aber leider nicht viel machen könne.

Nichtsdestotrotz fordert die WPA Verhandlungen mit den atomkraftfreien Staaten (14 an der Zahl!) über eine Allianz, die ja sogar im Regierungsprogramm verankert ist! Neben Luxemburg könnte beispielsweise Litauen ein Bündnispartner sein. Es ist keine Zeit, um die Hände in den Schoß zu legen! Oder sollte das eine Frage des politischen Willens sein? Wir bleiben dran.



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Atomkraft hilft NICHT gegen den Klimawandel!

Auch wenn die Atomkraftbefürworter es noch so oft behaupten: Wahr ist es trotzdem nicht.

Fortsetzung aus unserer vorigen Ausgabe

Maßnahmen gegen den Klimawandel müssen JETZT gesetzt werden. Ein neues AKW braucht durchschnittlich 10 Jahre, bis es ans Netz gehen kann. So viel Zeit haben wir nicht.

Atomstrom deckt den Energiebedarf weltweit zu weniger als 5%. Das ist viel zu wenig!! Es gibt auch zu wenig atomaren Brennstoff, um global einen substanziell höheren Anteil an der Energieproduktion durch AKWs zu erreichen.

Atomkraft ist von ihrer Natur her gewalttätig und un-

demokratisch. Sie braucht große Strukturen, um zu funktionieren; sie begünstigt diktatorische Regimes in den uraniumexportierenden Ländern, in denen sie zerstörte Landschaften hinterlässt und den Menschen und allen anderen Lebewesen ihre Lebensgrundlage wegnimmt. Sie ist derart gefährlich und damit attraktiv für Terroristen, dass sie ihre Technologie geheimhalten muss. Aus dem „Atom Müll“, der in den AKWs entsteht, können Atomwaffen erzeugt werden. **AKWs sind also vorbereitende Anlagen für die Erzeugung der schrecklichsten Waffen, die die Menschheit jemals erdacht – und eingesetzt! – hat.**

Gesprächstermin und Unterschriftenübergabe im Umweltministerium

Die WPA überreichte Frau Bundesministerin Leonore Gewessler 5000 Unterschriften besorgter BürgerInnen betreffend folgende Themen: „NEIN zu AKW-Neubau in Paks Ungarn“, „Nein zu AKW-Neubauten und Laufzeitverlängerungen in Dukovany Tschechien und Krsko Slowenien!“, „Keine neuen Reaktoren an Österreichs Grenzen“ und „Stopp AKW Mochovce 3 & 4“.

Zur Sprache kamen folgende dringliche Themen:

AKW Krško: Eine zu erstellende Analyse der Veränderungen am Reaktor könnte die Voraussetzung für die Forderung nach einer UVP sein, meinte die WPA.

Der EURATOM -Vertrag: Wir sind uns einig, dass eine längst fällige Änderung sehr wichtig wäre; BM Gewessler will das Thema EURATOM bei BM Edtstadler einbringen.

Die LURK (LandesumwelträtInnenkonferenz) wird im Oktober stattfinden, BM Gewessler wird als Gast teilnehmen; die Forderungen der LURK bzgl. Atomkraft sind gut auf den Punkt gebracht. Die Frau Ministerin



Foto: BMK / Cajetan Perwein

bedauert, dass die Umsetzung an den rechtlichen Möglichkeiten gegebenenfalls scheitern könnte.

Fazit: Wir spürten ehrliches Interesse am Thema und hoffen auf gute Zusammenarbeit.

AKW Mochovce: Katastrophale Zustände

Betriebsgenehmigung ohne abgeschlossene Tests – und dann noch Corona

Es ist sehr zu hoffen, dass der Atomreaktor 3 in Mochovce weder, wie angekündigt, im Herbst 2020 noch jemals in Betrieb gehen wird. Die Voraussetzungen für die Inbetriebnahme sind mehr denn je denkbar schlecht. Die slowakische Atomaufsicht veröffentlichte im Frühjahr 2020 Dokumente zum Verfahren, darunter den „Entwurf für die Betriebsgenehmigung“. Global 2000 kritisiert insbesondere, dass zentrale Anlagenteile des Reaktors noch gar nicht getestet werden konnten, da sie weiterhin defekt sind. Besonders überraschend und unzumutbar ist, dass für die Betriebserlaubnis vorgeschriebene Tests einfach „nachgereicht“ werden sollen. Die Reparaturen werden noch mehrere Monate dauern. **Es ist aus heutiger Sicht noch nicht einmal abschätzbar, ob und wie einige dieser Teile überhaupt in der 35 Jahre alten, laufend umgebauten Anlage repariert werden können. Auch die 30 Jahre alten Diesel-Notstromgeneratoren sind im Falle eines Stromausfalles mehr als unsicher. Die alte Isolationsschicht der Kabel bietet keinen verlässlichen Schutz mehr vor einem Kurzschluss.**

Reinhard Uhrig von GLOBAL 2000 bemängelt auch, dass der Schutz gegen den Absturz von großen Flugzeugen nicht ausreichend berücksichtigt oder verbessert worden ist. Tschechische Medien berichteten, dass Fachkräfte aus Brünn auf Grund der Corona-Reisebeschränkungen die Arbeiten in Mochovce nicht überwachen konnten.

Beim Gespräch im Umweltministerium mit Ministerin Leonore Gewessler am 9. 9. hat die Wiener Plattform Atomkraftfrei die Forderung ausgesprochen, dass die slowakische Atomaufsicht das Inbetriebnahme-Verfahren für Mochovce 3 aussetzen müsse. Wir bestärkten die Ministerin, sich dafür beim slowakischen Umweltminister und bei der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit ENSREG einzusetzen. (www.oekonews.at; Wiener Plattform Atomkraftfrei)



Diabetikerschulung Minsk

Irina Pobiagina und Olga Daschkewitsch von der Projektleitung „Diabetikerschulung“ schreiben: „Wegen der Coronakrise verloren hunderte Tschernobylkinder in Weißrussland die wunderbare Möglichkeit, sich im Ausland in ökologisch sauberen Gebieten zu erholen. Wir müssen uns jetzt noch mehr auf die so wichtigen Diabetikerschulungen konzentrieren. Geplant sind, wie in den letzten Jahren, die Durchführung der Mutter-Kind-Schulungen im Herbst und Winter und die große Schulung für die Schulkinder während der Herbstferien. **So sind wir Ihnen für Ihre Unterstützung sehr, sehr dankbar und hoffen sehr, dass sich die Situation der Kinder dadurch verbessern wird.**“

Aus dem Dankesbrief der Eltern eines Teilnehmers der Schulung „Leben mit Diabetes“:

„Wir, die Eltern von Pogarzew Wladislaw, möchten der Organisation „Freude den Kindern“ für Ihr Mitgefühl mit den Kindern und Ihre Unterstützung unseren größten Dank sagen.

Durch die Unterrichtsstunden bei den Mitgliedern des Arbeitsteams, die selber seit vielen Jahren diabeteskrank sind, haben wir viel gelernt: Diabetikertagebuch führen; hohe Zuckerwerte korrigieren; gesunde Ernährung zubereiten; Broteinheiten ausrechnen; und letztendlich, wie man mit einer solchen Krankheit wie Diabetes lebt.

Nach der Teilnahme an der Schulung haben sich die Zuckerwerte bei unserem Sohn stabilisiert.

Mögen Ihre Herzen immer vor Seelenwärme und aufrichtiger Güte flammen, die Sie so großzügig unseren Kindern schenken und uns Erwachsene damit tatkräftig unterstützen! Wir wünschen Ihnen unerschöpfliche Energie, Wohlergehen, Gesundheit und Prosperität.

Hochachtungsvoll, Familie Pogarzewy“

Bitte helfen Sie jetzt besonders unter diesen erschwerten Umständen, dass die lebenserhaltenden Schulungen weiterhin stattfinden können!

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985, Kennwort „Leben mit Diabetes“

AUFRUF ZUR KUNDGEBUNG AM NATIONALFEIERTAG

Kommt alle, denen folgendes Anliegen wichtig ist:

Atomkraft ist kein Klimaretter!

Am Freitag, den 26. Oktober 2020, von 10:30 bis 12:45 Uhr am Wiener Michaelerplatz und von 13:00 bis 15:00 Uhr am Graben Ecke Kohlmarkt

ACHTUNG: Eventuelle coronabedingte Änderungen bitte auf unserer Homepage nachsehen!

Aufruf zur Mitarbeit

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen!

Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle! Nur dagegen sein ändert leider nichts! Handeln ist gefragt!

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Unsere E-Mail-Adresse:
atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Geschätzte Leserin, lieber Leser,

Sie bekommen unsere Zeitung viermal kostenlos zugeschickt; wir hoffen, dass Sie diese weiter erhalten wollen, darum ersuchen wir Sie, uns für das laufende Jahr € 15.- (vier Ausgaben) zu überweisen! BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985.

Anzeige

Mit 100%
Naturstrom
bewegen.

AAE

WWW.AAE.AT

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Störfall im Block 1 des AKW Temelin

Der oberösterreichische Umweltlandesrat Stefan Kaineder ersuchte Bundesministerin Leonore Gewessler um Unterstützung für die lückenlose Aufklärung eines neuerlichen Störfalles im AKW Temelin am 15. Mai.

Die Wiederinbetriebnahme von Block 1 ist nach einer geplanten Betriebspause zur Wartung und zum Austausch der Brennelemente fehlgeschlagen. Der langsam hochgefahrenen Reaktor brachte nicht die Normalleistung und musste wieder abgeschaltet werden. Die Ursache des Fehlers ist bisher unbekannt. Ministerin Gewessler hat im Gespräch betont, eine umfassende Aufklärung über den Störfall von den tschechischen Behörden eingefordert zu haben. Tschechien hat ein baldiges Ergebnis versprochen.

(Amt der Oö. Landesregierung, Presseausendung v. 17.6.2020)

Österreichs Klage gegen Hinkley Point C abgewiesen

Der Europäische Gerichtshof hat die österreichische Klage gegen die staatlichen Beihilfen für das geplante britische Atomkraftwerk Hinkley Point C am Dienstag abgewiesen.

Das enttäuschende Urteil zeige eine Fehlentwicklung in Europa auf, deren Ursache ein „veralteter Euratom-Vertrag“ sei, sagte Umweltministerin Leonore Gewessler (GRÜNE). Österreich müsse mit aller Kraft auf eine Reform dieses Vertrages drängen, so die Ministerin. Gewessler sucht nun Verbündete, um eine „Vertragsstaatenkonferenz“ der Mitgliedsländer für eine grundlegende Reform des Vertrages einzuberufen.

Für die Einberufung einer Konferenz sei eine Mehrheit ausreichend, so Gewessler, die allerdings einräumte, dass die inhaltlichen Entscheidungen dann einstimmig fallen müssen. Gewessler hat ein Gutachten bei der Europa-rechts- und Beihilfenexpertin Dörte Fouquet in Auftrag gegeben, das ausloten soll, welche Änderungen im Euratom-Vertrag vorzuschlagen sind. **Gemeinsam mit Luxemburg hatte Österreich im November 2019 die Einigung auf das milliardenschwere nächste Euratom-Programm blockiert, das ab 2021 gelten soll.**

(Quelle: orf.at, 22.9.2020)



Mag.ª Hanna
Nekowitsch,
Sprecherin der
„Wiener
Plattform
Atomkraftfrei“

Atomwaffen abschaffen!

Redaktion: Heuer jährt sich der Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki zum 75. Mal. Hat die Welt aus diesem schrecklichen Ereignis gelernt?

Hanna: Dieser Bombenabwurf hat über sehr viele Menschen unvorstellbares Leid gebracht. 65.000 Menschen starben sofort, 200.000 bis zum Ende des Jahres. Die Überlebenden leiden bis heute unter den Folgen! **Wenn man bedenkt, dass derzeit 9 Staaten über ein Arsenal von 13.400 Atomwaffen verfügen, kann man wirklich nicht behaupten, dass die Welt aus dieser Katastrophe gelernt hätte.**

Red.: Der Kalte Krieg ist vorbei, wurde damit nicht auch das Wett-rüsten beendet?

H.: Leider nein! Dr. Alex Rosen, der Vorsitzende von IPPNW, den Internationalen Ärzten für die Verhütung eines Atomkrieges, spricht von einem neuen atomaren Wett-rüsten, bei dem es weniger um weitere Sprengköpfe geht als darum, dass die technischen Möglichkeiten der Sprengköpfe ausgebaut werden unter dem Deckmantel der Modernisierung!

Red.: Das klingt schrecklich! Wie kommen wir aus diesem Wahnsinn wieder heraus?

H.: **Atomwaffen müssen völkerrechtlich geächtet und abgeschafft werden! Es kann doch nicht sein, dass ein paar macht-gierige Größenwahnsinnige die Existenz der ganzen Welt aufs Spiel setzen! Es muss daher das dringende Anliegen aller Menschen sein, eine atomare Eskalation bei Konflikten zu verhindern!**

Red.: Auf einem Flugblatt der Wiener Plattform Atomkraftfrei werden Atomkraftwerke als „zivile Atombomben“ bezeichnet. Warum ist das so?

H.: **Die zivile und die militärische Verwendung der Atomkraft sind zwei Seiten derselben Münze. Die eine gäbe es ohne die andere nicht.** In AKWs entsteht Material und Know-how für Atomwaffen, viele Atomwaffen-Experten kommen aus dem AKW-Bereich. Besonders gefährlich wird es, wenn in Ländern mit AKWs Bürgerkrieg herrscht. Dort besteht die Gefahr, dass mit AKWs als potentielltem Angriffsziel die Regierung erpresst wird, um das Land zu destabilisieren.

Red.: Wie beurteilst du vor diesem Hintergrund die Pro-Atom-Demos des Vereins Nuklearia in Deutschland?

H.: **Diese Bewegung ist realitätsfremd und faktenresistent, gibt sich aber den Anschein von Wissenschaftlichkeit. Eine Zukunft haben wir nur in einer Welt ohne atomare Bedrohung!**